

Editorial

Vanessa Redak

Im September 2021 endete mit dem Ergebnis der Bundestagswahl in Deutschland eine Ära, nämlich 16 Jahre CDU-Kanzlerschaft mit Angela Merkel. An die Stelle der CDU-Dominanz trat ein neues Koalitionsbündnis aus SPD, Grüne und FDP, die sog. Ampel-Koalition. Da die zwei größten Parteien in der Koalition dem fortschrittlichen Lager zugerechnet werden, verband sich mit der neuen Regierung in Deutschland die Hoffnung auf eine sozial-ökologische Wende.

Das Regierungsprogramm sorgte jedoch für Ernüchterung, und kritische Stimmen meinen, die kleinste Partei in der Regierung, die FDP, hätte die Wahlen gewonnen. Statt der Abschaffung von Hartz IV wird durch die Umbenennung in „Bürgergeld“ lediglich eine semantische Verschiebung vorgenommen, Klimaschutzforderungen bleiben auf der Strecke, und die ökologische Transformation der Wirtschaft soll unter Markt- und Wettbewerbsbedingungen erfolgen. Erste Brüche in der Koalition wurden auch vor allem durch die FDP herbeigeführt, z.B. durch das Engagement des konservativen Ökonomen Lars Feld als Chefberater von Finanzminister Lindner oder durch das Infragestellen der Corona-Maßnahmen.

Die verschärfte Corona-Welle im Winter sowie der sich in den letzten Monaten zuspitzende Konflikt zwischen der Ukraine und Russland bis hin zur kriegerischen Auseinandersetzung haben diese Brüche und Konflikte vorerst überdeckt. Vermutlich werden sich jedoch die Kontroversen zwischen den Ampel-Parteien zuspitzen, und es ist unwahrscheinlich, dass eine rot-grün-gelbe Regierung ein neues Hegemonieprojekt begründet, wie vielleicht im Herbst 2021 noch vermutet wurde.

Da sich auch in Österreich aufgrund der nicht enden wollenden Skandale rund um die türkise ÖVP in absehbarer Zeit die Frage nach neuen Regierungskoalitionen stellt, wollen wir diesen Debattenteil des Kurswechsels einer Bestandsaufnahme der ersten Monate der deutschen Ampel-Koalition widmen. Stefan Hohn geht zunächst auf Eckpfeiler des Regierungsprogramms ein, bevor er zum Schluss kommt, dass die deutsche Bundesregierung in Anlehnung an Nancy Fraser als Koalition des progressiven Neoliberalismus bezeichnet werden kann: „on the one hand, mainstream liberal currents of the new social movements (feminism, antiracism, multiculturalism, environmentalism, and LGBTQ+ rights); on the other hand, the most dynamic, high-end, ‚symbolic‘ and financial sectors“.

Der Beitrag von Thomas Sablowski, Moritz Warnke und Eva Völpel vertieft die eingangs erwähnte These, dass die Ampel-Koalition weiterhin eine marktradikale Politik in Deutschland verfolgen wird und soziale wie ökologische Themen nicht jenen Stellenwert bekommen, der für eine fortschrittliche Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft nötig wäre.